



**Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie
zu den Auswirkungen des Krieges im Iran auf die Energiepreise in
Deutschland und Maßnahmen der Bundesregierung**

Siehe Anlage



20. März 2026

Schriftbericht des BMWWE zu den Auswirkungen des Krieges im Iran auf die Energiepreise in Deutschland und Maßnahmen der Bundesregierung

30. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestages am 25. März 2026, TOP 7c ohne Aussprache

Lagebild

Die energiepolitische Situation ist derzeit durch die geopolitische Eskalation im Nahen Osten geprägt. Seit dem 28. Februar 2026 führen die USA und Israel im Rahmen der Operationen „Roar of Lion“ und „Epic Fury“ Luft- und Seeangriffe gegen den Iran durch, worauf dieser mit Gegenschlägen auf die zivile und energetische Infrastruktur der Golfregion reagiert hat. Die faktische Blockade der Straße von Hormus hat den Schiffsverkehr für rund 20 Prozent des weltweiten Angebots an Öl und LNG zum Erliegen gebracht.

Trotz dieser Entwicklung ist die physische Versorgungssicherheit in Deutschland weiterhin vollumfänglich gewährleistet. Deutschland ist aufgrund der Diversifizierungsstrategie der letzten Jahre resilient aufgestellt. Im Gasbereich ist die Abhängigkeit von der Golfregion mit weniger als 4 Prozent des EU-Gesamtverbrauchs sehr gering, da Importe fast ausschließlich als LNG aus den USA oder über Pipelines aus Norwegen bezogen werden. Die Gasspeicher sind mit einem Stand von 22 Prozent für die Jahreszeit ausreichend gefüllt, zumal die milde Witterung die Ausspeicherung zuletzt gestoppt hat.

Auch im Bereich der Ölversorgung besteht keine physische Knappheit. Deutschland deckt über 55 Prozent seines Bedarfs aus Quellen in den USA, Norwegen, Großbritannien und Kasachstan. Importe aus dem Nahen Osten machen lediglich etwa 10 Prozent aus und betreffen primär Öle für Spezialverarbeitungen.

Wie erwartet haben die globalen Märkte bei Öl und Gas mit massiven Preisaufschlägen reagiert. Am Markt verfestigt sich die Sorge, dass der Iran-Krieg die Energiemärkte längerfristig belasten könnte. Die Straße von Hormus ist faktisch blockiert. Zugleich wurden in Qatar die LNG-Produktion angesichts der Sicherheitslage und voller Lager ausgesetzt. Eine Wiederaufnahme der Förderung dürfte anschließend Zeit in Anspruch nehmen.

Besonders kritisch ist die Lage bei Mitteldestillaten wie Diesel und Kerosin, wo die Preise aufgrund hoher Importabhängigkeit der EU und prohibitiver Versicherungsprämien für den Seetransport im Monatsvergleich deutlich gestiegen sind.

Ölreserven

Die Bundesregierung hat am 11.3. beschlossen, in Solidarität und koordiniert mit den Partnern in der Internationalen Energieagentur der Freigabe strategischer Ölreserven zuzustimmen. Die nationale Reserve dient der Sicherung der physischen Versorgung für 90 Tage. Sie kann als Nebeneffekt in der aktuellen Situation als marktpsychologisches Instrument dienen. Die IEA koordiniert eine weltweite Freigabe von 400 Millionen Barrel Öl – das größte Volumen in der Geschichte der Organisation. Deutschland steuert hierzu 19,51 Millionen Barrel (2,64 Millionen Tonnen) bei. Ziel ist es, ein klares Signal der Handlungsfähigkeit gegenüber zukünftigen Mengenknappheiten zu senden und damit auch Risikoaufschläge abzubauen. Da die für März geplanten Schiffscargos die Meerenge noch passieren konnten, dient diese Maßnahme zunächst präventiv der Marktberuhigung.

Kraftstoffmaßnahmenpaket

Ein neues Kraftstoffpreisanpassungsgesetz (KPAng) sorgt künftig dafür, dass die Kraftstoffpreise an Tankstellen nur noch einmal am Tag um 12 Uhr mittags angehoben werden dürfen. Preissenkungen bleiben hingegen jederzeit und beliebig oft möglich. Damit können sich Verbraucherinnen und Verbraucher besser auf die Kraftstoffpreise verlassen und leichter unter Nutzung der bestehenden Preisvergleichs-Apps und anderer digitaler Tools preisbewusst tanken. Dies stärkt den Wettbewerb zugunsten der Verbraucherinnen und Verbraucher. Stärkerer Wettbewerbsdruck von der Nachfrageseite kann überhöhten Preisen entgegenwirken.

Darüber hinaus sollen die Kartellbehörden bei der Kontrolle missbräuchlich hoher Preise von marktmächtigen oder marktstarken Mineralölkonzernen gestärkt werden. Bisher müssen die Kartellbehörden in langwierigen Verfahren erst die Grundlagen der geforderten Preise ermitteln. Durch die Gesetzesänderung müssen die Unternehmen der Behörde darlegen, wie die geforderten Preise zustande kommen. Das Bundeskartellamt soll zudem nicht nur gegen Unternehmen vorgehen können, die den gesamten Markt beherrschen. Auch Unternehmen, von denen lediglich einzelne Vertragspartner abhängig sind, sollen verschärft kontrolliert werden können.

Um den Wettbewerb auch strukturell rascher stärken zu können, wird das Bundeskartellamt im Bereich der Sektoruntersuchungen gestärkt. Solche vertieften Untersuchungen der Wettbewerbsverhältnisse ganzer Branchen sind bereits ein wichtiges Instrument, um weitreichende Wettbewerbsprobleme auf einzelnen Märkten zu untersuchen. Die Erkenntnisse

aus Sektoruntersuchungen kann das Bundeskartellamt verwenden, um Abhilfemaßnahmen zur Verbesserung des Wettbewerbs anzuordnen. Durch eine Straffung des Verfahrens soll dies nunmehr schneller möglich sein.

Nach Beschluss des Kabinetts wurde das Kraftstoffmaßnahmenpaket dem Deutschen Bundestag zugeleitet. In Absprache mit den Fraktionen soll ein verkürztes und maximal beschleunigtes parlamentarisches Verfahren erfolgen. Damit ist ein Inkrafttreten bereits Anfang April möglich.

Task Force

Das BMWI hat angesichts der aktuellen Lage eine Taskforce eingesetzt, die sich unter Beteiligung von BKAmT, AA, BMF sowie der beteiligten Behörden BNetzA und BND engmaschig zum aktuellen Lagebild, insbesondere mit Blick auf die Preisentwicklung und die Versorgungssicherheit, zu möglichen Szenarien und zur Abwägung von Handlungsoptionen austauscht. Schon im Vorjahr 2025 hatte die Runde getagt und kann auf bewährte Strukturen aufbauen.

Auswirkungen Konjunktur

Der Iran-Krieg und die Blockade der Straße von Hormus kann sich auf die deutsche Wirtschaft über vielfältige Kanäle auswirken, v.a. über Energiepreisanstiege bei Rohöl und Gas, Preisanstiege bzw. mögliche Lieferkettenstörungen bei energieintensiven Vorleistungsprodukten (Dünger, Aluminium), steigende Versicherungs- und Transportkosten sowie Belastungen durch die gestiegene geopolitische Unsicherheit.

Die weitere Entwicklung der globalen Energiepreise hängt entscheidend von der Dauer der Krisensituation ab. Die Auswirkungen des Konflikts sind daher derzeit schwer abzuschätzen. Die Wirtschaftsforschungsinstitute haben zuletzt ihre Wachstumserwartungen für Deutschland leicht abgesenkt. Sie gehen aktuell von einem vorübergehenden Anstieg der Öl- und Gaspreise mit BIP-Niveaueinbußen in DEU und dem Euroraum von etwa 0,2 Prozentpunkten und einen temporären Anstieg der Verbraucherpreise um 0,5 Prozentpunkten im Jahr 2026 aus. Die Institute unterstellen in ihren Prognosen, dass die Energiepreise in den kommenden Wochen wieder sinken. Bleiben sie jedoch länger auf hohem Niveau, dürften die Auswirkungen stärker ausfallen.